

21. Aug. 2015

KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Ständeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rka.ch
www.ai.ch

21. AUG. 2015					
SBFI /	z. K.	z. En.		z. K.	z. Ed.
stv. DIR			HBB		
GEKO			HS		
BGR			NFI		
BIZ			IFI		
BGM			ARF		
			RES		

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation
Frau Magda Spycher
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Appenzell, 20. August 2015

Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG)
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 12. Juni 2015, mit welchem Sie ein Vernehmlassungsverfahren zum Innosuisse-Gesetz eröffnen und um Stellungnahme bis 31. August 2015 ersuchen.

Die Ständeskommission begrüsst die Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt sowie das vorgelegte Innosuisse-Gesetz im Grundsatz. Insbesondere die vorgeschlagene Trennung der unterschiedlichen Aufgaben stellt eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Innovationsförderung dar. Begrüsst wird die Regelung, dass die Innosuisse die gewährten Mittel bei wirtschaftlichem Nutzen der Resultate zurückfordern kann (Art. 22 Innosuisse-Gesetz). Dies schafft einen Anreiz für die Innosuisse, nur Beiträge für aussichtsreiche, marktfähige Projekte zu bewilligen. Ebenso erscheinen die Bildung von Reserven im vorgeschlagenen Umfang (Art. 17 Innosuisse-Gesetz) sowie die neu vorgesehene Nachwuchsförderung in Form von Stipendien an hochqualifizierte Hochschulabsolventen sachgerecht (Art. 22 des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation). Entscheidend für eine erfolgreiche Innovationsförderung wird aber letztlich das Gewinnen von Persönlichkeiten zur Besetzung der massgebenden Positionen im Verwaltungs- und Innovationsrat sowie für die Stelle als Direktorin oder als Direktor der Geschäftsleitung sein.

Um schlanke Strukturen, Kosteneffizienz und eine wirksame Schnittstelle zwischen Privatwirtschaft und Wissenschaft zu gewährleisten, erlauben wir uns, folgende Änderungen zu beantragen:

Art. 6 Abs. 2 Innosuisse-Gesetz

Die Wiederwahl eines Verwaltungsratsmitglieds soll nur einmal möglich sein, damit die gesamte Amtsdauer auf acht Jahre begrenzt ist. Zudem soll neu eine Altersbegrenzung eingeführt werden, die sicherstellt, dass das Mandat mit dem Ablauf jenes Monats ohne Weiteres endet, in dem das Verwaltungsratsmitglied die Altersgrenze nach Art. 21 AHVG erreicht. Dies ist beispielsweise auch für ETH-Professoren so vorgesehen (vgl. Art. 14 der Professorenverordnung ETH, SR 172.220.113.40).

Zudem ist das Augenmerk auf die Zusammensetzung des Rates zu legen, um sicherzustellen, dass stets die Mehrheit der gewählten Mitglieder in der Wissenschaft oder Privatwirtschaft tätig sind. Bund und Kantone sowie die Wirtschaftsverbände sollen nicht mehr als je einen Vertreter haben. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats kann nach folgendem Schlüssel erfolgen: 3/7 Vertreter der Wissenschaft, 2/7 Vertreter der Privatwirtschaft, 1/7 Vertreter Bund und Kantone und 1/7 Vertreter der Wirtschaftsverbände. Insbesondere die Vertreter der Privatwirtschaft sollten über mehrjährige, internationale Berufserfahrung in der Privatwirtschaft verfügen, um überhaupt wählbar zu sein. Sowohl die Grundsätze der Zusammensetzung als auch die notwendige Berufserfahrung als Wahlvoraussetzung sollten im Gesetz selber festgelegt werden. Eventualiter sollte im Gesetz zumindest festgehalten werden, dass die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder Vertreter der Wissenschaft und der Privatwirtschaft sein müssen.

Art. 7 Innosuisse-Gesetz

Wählbarkeitsvoraussetzung für die Direktorin oder den Direktor sowie für die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung muss eine berufliche Tätigkeit während zehn bzw. fünf Jahren in der Privatwirtschaft sein. Die notwendige Berufserfahrung als Wahlvoraussetzung sollte im Gesetz selber festgelegt werden.

Art. 8 Abs. 3 Innosuisse-Gesetz

Ebenso wie der Verwaltungsrat sollten auch die Mitglieder des Innovationsrats nur einmal für vier Jahre wiedergewählt werden dürfen. Auf diese Weise sollen Interessenkonflikte und mögliche Abhängigkeiten zu bzw. von den Empfängern der Fördergelder vermieden werden. Zudem soll neu auch eine Altersbegrenzung eingeführt werden, wonach das Mandat mit dem Ablauf jenes Monats ohne Weiteres endet, in dem das betreffende Verwaltungsratsmitglied die Altersgrenze nach Art. 21 AHVG erreicht.

Art. 13 Innosuisse-Gesetz

Es ist ein neuer Abs. 2 einzufügen, in dem präzisiert wird, dass Abgeltungen für die Innovationsförderung zweckgebunden erfolgen und nicht den Betrieb quersubventionieren dürfen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell